



Pressemeldung vom 27. November 2020

## Deutsche Forschungsgemeinschaft fördert Studie zum Suchtpotenzial von E-Zigaretten

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) hat sich dazu entschlossen, eine großangelegte und fachübergreifende Untersuchung zum Suchtpotential von E-Zigaretten zu fördern. Damit entsprach die DFG dem Antrag von Prof. Dr. Ute Mons vom Universitätsklinikum Köln, die diese interdisziplinäre Untersuchung gemeinsam mit Prof. Dr. Sabine Vollstädt-Klein vom Zentralinstitut für Seelische Gesundheit und Prof. Dr. Sven Schneider vom Institut für Public Health in Mannheim durchführt. Die Untersuchung ist auf drei Jahre angelegt und startet im Januar 2021.

Über lokale Medien sollen im kommenden Frühjahr potenzielle Teilnehmer angesprochen werden, die bereit sind, dem Studienteam über ihre Erfahrungen im Umgang mit E-Zigaretten zu berichten. Die Studie ist unterteilt in drei Abschnitte, während der die Teilnehmer jeweils unter unterschiedlichen wissenschaftlichen Aspekten befragt und untersucht werden. Das Zentralinstitut für Seelische Gesundheit evaluiert zunächst neurobiologische und neuropsychologische Daten. Anschließend berichten die Teilnehmer dem Team um Prof. Dr. Schneider vom individuellen Er- und Durchleben von Abhängigkeitssymptomen unter sozialen Gesichtspunkten. Abschließend untersucht Prof. Dr. Mons die Probanden an der Kölner Uniklinik hinsichtlich aufgetretener Abhängigkeitssymptome und erhebt psychosoziale und produktbezogene Daten.

In ihrer Projektbeschreibung erläutern die Macher der Studie die Überlegungen, die zur Konzeption der Untersuchung geführt haben und verdeutlichen ihren kritischen Ansatz: „Die Nachfrage nach E-Zigaretten ist in den letzten Jahren sprunghaft gestiegen. Während das Abhängigkeitspotenzial von Nikotin unbestritten ist, birgt die Vermarktung der E-Zigarette als ‘gesunde’ Alternative zum Tabak die Gefahr, dass Rauchen durch die Etablierung von E-Zigaretten als Lifestyle-Produkt verharmlost und Präventionsbemühungen untergraben werden.“

Das Projekt wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft mit Sachbeihilfen gefördert und ist im DFG-Informationssystem GEPRIS für die Fachgebiete Public Health, medizinische Versorgungsforschung und Sozialmedizin registriert.